

Neoliberalismus- eine Einführung

Seit den achtziger Jahren und besonders seit dem Zusammenbruch des Ostblocks gewann in allen Industriestaaten eine Markt-Ideologie die Oberhand, die als "Neoliberalismus" bezeichnet wird. Für viele ist der Neoliberalismus" gleichbedeutend mit der Rückkehr zum Manchester-Liberalismus des 19. Jahrhunderts, sozialem Kahlschlag, "Raubkapitalismus", spekulativem "Kasino-Kapitalismus" und hemmungsloser Bereicherung der ohnehin schon Reichen. Der Neoliberalismus hat sich zum hegemonialen Paradigma, zur alles beherrschenden Denkweise entwickelt.

Wie konnte sich der Neoliberalismus durchsetzen? - Zur Geschichte

Der ältere Neoliberalismus in Deutschland entsprang der Einsicht, daß der klassische liberale Nachwächter-Staat wohl doch nicht die ideale Lösung sei. Den Anschauungsunterricht lieferten die Weltwirtschaftskrise und die Agonie der Republik von Weimar. So entstand Anfang der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts die "Freiburger Schule" um den Nationalökonom Walter Eucken. Sie verlangte vom Staat aktives Eingreifen, um den Wettbewerb auf allen Gebieten als Voraussetzung für wirtschaftlichen Fortschritt und politische Freiheiten zu garantieren. Dieser "Ordo-Liberalismus" predigte keineswegs die Rückkehr zum Manchester-Liberalismus. Im Gegenteil: Er vertrat eine vergleichsweise moderate, geläuterte Form des alten Wirtschaftsliberalismus, indem er die Ordnungsfunktion des Staates auch im Bereich der Wirtschaft anerkannte und wenigstens ein Minimum an sozialer Absicherung für notwendig hielt.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde mit Ludwig Erhard - ein Ordo-Liberaler zur Galionsfigur des "Wirtschaftswunders". Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ und die damit verbundene Praxis entsprachen der besonderen Situation, die sich nach dem zweiten Weltkrieg durch die Konfrontation des kommunistischen Lagers mit dem hochentwickelten Teil der kapitalistischen Welt ergab. Ein Schuß katholischer Soziallehre milderte dabei die weniger schönen Seiten der reinen Lehre des Ordo-Liberalismus, die weiterhin eine recht akademische Angelegenheit blieb und deshalb den sozialen Frieden nicht störte. Der Einfachheit halber wurden "soziale Marktwirtschaft" und Ordo-Liberalismus häufig gleichgesetzt.

Aus und neben dem Ordo-Liberalismus entwickelte sich - zunächst unbeachtet - eine sektenartige Vereinigung von Nationalökonomern, die erstmals 1947 im schweizerischen

Kurort Mont-Pèlerin zusammentraf. Führende Vertreter dieser "Mont-Pèlerin-Gesellschaft", deren Mitglieder fortan regelmäßig zusammenkamen, waren Friedrich August von Hayek und Milton Friedman. Aber auch Ludwig Erhard nahm an Tagungen teil, und zu den Gründungsmitgliedern gehörte sein Berater Wilhelm Röpke. Unter dem Einfluß des Kalten Kriegs und US-amerikanischer Theoretiker bekam der Zirkel eine aggressive Stoßrichtung gegen Gewerkschaften und Sozialdemokratie sowie gegen staatliche Eingriffe nach Art des "New Deal", mit dem Roosevelt die USA aus der Weltwirtschaftskrise herausgeführt hatte. Vor allem Hayek beseitigte die rationalistischen Elemente des Ordo-Liberalismus, stattdessen setzte er blindes Vertrauen in das freie Spiel der Marktkräfte, die alles optimal richten, sofern der Staat für die Ausschaltung hemmender Faktoren sorgt.

Die Anhänger der Mont-Pèlerin-Gesellschaft verstanden sich als Vordenker einer neuen kapitalistischen Ordnung, die "Freiheit" nicht mit "Gleichheit" verbindet, sondern Ungleichheit als Notwendigkeit ansieht. Im Grunde predigten sie tatsächlich so etwas wie die Rückkehr zum Manchester-Liberalismus des 19. Jahrhunderts. Allerdings - und darin bestand das "Neo" bei dieser Neuauflage des Manchester-Liberalismus - wollten sie keinen schwachen "Nachtwächter-Staat", der sich damit begnügt, die bürgerlichen Freiheiten zu garantieren und die Einhaltung der Gesetze zu überwachen. Sie wollten vielmehr einen starken Staat, der mit großer Härte gegen alles vorgeht, was das freie Spiel der Marktkräfte beeinträchtigt, etwa gegen Kartellbildungen, starke Gewerkschaften oder politische Kräfte wie die Sozialisten.

In dem Programm der Gesellschaft heißt es: „Die Position des Individuums und der freiwilligen Gruppe wird zunehmend durch die Ausweitung willkürlicher Staatsmacht untergraben“, diese schädliche Entwicklung werde wesentlich durch „einen schwindenden Glauben an das Privateigentum und an Wettbewerbsmärkte begünstigt.“ Damit waren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg Richtung und Ziel des (neo-)liberalen Projekts vorformuliert.

Der Neoliberalismus hatte zunächst keine Chancen gegenüber dem Keynesianismus.

Schon Hayek hatte sich in den 30er Jahren mit Keynes auseinandergesetzt. Keynes setzte auf den Staat, Hayek auf den Markt.

Von Anfang hatten die Mont-Pèlerinisten die Absicht, in ihrem Sinne Einfluß auf die Politik nehmen. Daraus wurde aber vorerst nichts. Die erlauchten Geister schmorten mehr als zwei Jahrzehnte lang im eigenen Saft. Im ideologischen Wettstreit der Systeme waren ihre Vorstellungen nicht vorzeigbar. Sie taugten allenfalls zur Diskreditierung des Westens. Auch gedieh der Kapitalismus beiderseits des Atlantiks so prächtig, daß der großen Mehrheit die

Rückkehr zu einem gnadenlosen Manchester-Liberalismus so verrückt erschienen wäre wie die Rückkehr ins 19. Jahrhundert schlechthin.

Ihren schwersten Stand hatten die Apologeten des Neoliberalismus Ende der sechziger Jahre, als das Wirtschaftswunder in die erste Rezession mündete. Am 10. Mai 1967 verabschiedete der Bundestag mit großer Mehrheit das "Gesetz über Stabilität und Wachstumsförderung der Wirtschaft" mit den dafür notwendigen Grundgesetzänderungen. Die Politiker befolgten damit die Ratschläge des Nationalökonomen John Maynard Keynes. Die Theorie von Keynes galt damals als ultima ratio der Wirtschaftspolitik. Der Manchester-Liberalismus war sowieso diskreditiert. Man sah ihn ihm ein dunkles Kapitel der Menschheitsgeschichte, ähnlich den Hexenverbrennungen des Mittelalters.

Die Stunde des runderneuten Neoliberalismus à la Hayek und Milton schlug erst, als Mitte der siebziger Jahre die keynesianischen Rezepte nicht mehr griffen. Es kam zu einem Wirtschaftseinbruch, der erste Ölpreisschock 1973/74, Währungsturbulenzen, Anstieg der Arbeitslosigkeit, hohe Inflation. Die Wende markierte die Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaft an Hayek (1974) und Friedman (1976). Friedman war damals schon Berater des chilenischen Diktators Pinochet, der 1973 die demokratisch gewählte Regierung Allende gestürzt hatte.

Als erstes Land der Welt setzte das despotisch regierte Chile die neoliberalen Rezepte der "Chicago-Boys" um Milton Friedman in politische Praxis um. Ein starker Staat, der auch vor Mord und Folter nicht zurückschreckte, sorgte dafür, daß alles wie im Bilderbuch ablief: Die Deregulierung der Wirtschaft, die Massenarbeitslosigkeit, die Unterdrückung der Gewerkschaften, die Privatisierung öffentlicher Betriebe, die allgemeine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der ohnehin schon Reichen usw.

Der Durchbruch kam mit der Wende in der politischen Großwetterlage Ende der 70er Jahre. In diesem Klima fanden liberale Ökonomen mit der Forderung: Weniger Staat, mehr Markt Gehör.

Der zweite Regierungschef, der sich für den Neoliberalismus erwärmte, war die konservative britische Ministerpräsidentin Margaret Thatcher. Nachdem sie 1979 an die Macht gekommen war, verordnete sie zum ersten Mal einem hoch entwickelten Staat der kapitalistischen Welt eine derartige Roßkur, wie sie Chile vorgeführt hatte. Notfalls setzte sie Polizei gegen streikende Arbeiter ein. Mord und Folter gab es zwar nicht, aber aus ihrer Bewunderung für Pinochet machte die Dame nie einen Hehl.

Ein Jahr später - 1980 - wurde Ronald Reagan Präsident der USA und erhob den Neoliberalismus zum Credo der führenden Weltmacht. Er sorgte dafür, daß es den Armen

noch schlechter ging und die Reichen noch reicher wurden. Für die höheren Weihen sorgte wiederum das Nobelpreis-Komitee, indem es 1982 einem weiteren Gründungsmitglied der Mont-Pèlerin-Gesellschaft, dem US-Ökonomen Georges Joseph Stiegler, den Nobelpreis für Wirtschaft zuerkannte.

Die Nobelpreise für Hayek, Friedman und Stiegler gaben der neoliberalen Propaganda starken Auftrieb.

So war die Situation, als führende FDP-Politiker 1982 den Bruch der sozialliberalen Koalition betrieben. Das Lambsdorff-Papier, das die Koalition endgültig sprengte und auch nichts anderes bezwecken sollte, war ein Gruselkatalog neoliberaler Zumutungen, den nicht einmal die CDU unterschreiben wollte. Offenbar glaubten Genscher, Lambsdorff und die anderen Betreiber der "Wende", mit dem Rückenwind des neoliberalen Zeitgeistes zu marschieren.

Der Neoliberalismus bekam dann gewaltigen Auftrieb, indem er sich als Überwinder des östlichen Systems präsentierte, dem nun in der ganzen Welt niemand mehr widerstehen könne.

Der Begriff Neoliberalismus - der früher eine eher akademische Wirtschafts- und Sozialtheorie bezeichnete und nur Nationalökonomien geläufig war - stand inzwischen für eine neokonservative Heilslehre. Schuld daran hatten nicht nur Politiker wie Pinochet, Thatcher oder Reagan, sondern ebenso neoliberale Theoretiker wie Hayek und Friedman. Sie mystifizierten das freie Spiel der Kräfte zum alleinseligmachenden Prinzip der Gesellschaft und beschränkten die Ordnungsfunktion des Staates darauf, alles mit eisernem Besen hinwegzufegen, was dieses freie Spiel gefährden könnte.

Zum politischen Liberalismus, der primär für Bürgerrechte, Demokratie und menschenwürdige Lebensverhältnisse kämpft, trat der Neoliberalismus damit in schroffen Gegensatz.

Grundsätzliche Kritik an der neoliberalen Schwindsucht übte die Ex-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die sich nach ihrem Rücktritt mit weiteren Linksliberalen im "Freiburger Kreis" zusammengeschlossen hatte: Der FDP fehle es an "innerer Liberalität" und überzeugenden Persönlichkeiten. Besonders fatal sei "die gewollte Verengung auf wirtschafts- und finanzpolitische Einzelforderungen, die nicht in ein Wertesystem gestellt werden".

Der Generalsekretär Guido Westerwelle hielt diese Kritik an der neoliberalen Ausrichtung der Partei freilich für "Nostalgie-Liberalismus". Der Vorsitzende Wolfgang Gerhardt ließ wissen, daß er "keine Nachhilfe beim Verfechten der Bürgerrechte" nötig habe. Der baden-württembergische Landesvorsitzende Walter Döring sprach gar von "Geseire" und verlangte: "Der Mist muß endlich aufhören."

Die Ideologie des Liberalismus

Der (ursprüngliche) Liberalismus ist nicht ausschließlich als Wirtschaftsordnung zu verstehen. Der Begriff leitet sich vom lateinischen Verb "liberare" ab, das "befreien" bedeutet. Tatsächlich war die ursprüngliche Bewegung eine Befreiungsbewegung. Die absolutistische Herrschaft des Königs/ Kaisers und die Privilegien des Feudaladels sollten abgeschafft werden und die feudalen Fesseln beseitigt werden. Die angestrebte Gesellschaftsordnung sollte die Freiheit des einzelnen Individuums verwirklichen. Privatrechtlich sollte dies auf dem Wege der Vertragsfreiheit geschehen, nach der ein jeder nach seinem Willen Rechtsgeschäfte mit anderen ohne Einmischung des Staates schließen kann. Dazu bedurfte es eines Rechtsstaates mit einer verbindlichen Verfassung, die einem jeden Bürger eine kalkulierbare Rechtssicherheit sowie die rechtliche Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz garantierte. Der Staat wurde nicht insgesamt infrage gestellt, jedoch in der damals gegenwärtigen Form. Zukünftig sollte alles politische Geschehen der Vernunft unterworfen sein. Auf Irrationalität (Gott) gegründete Herrschaft sollte aufgehoben werden. Dazu sollte ein Parlament Gesetze beschließen. ..Die Regierung sollte vom Parlament gewählt werden. Das Parlament sollte die Krönung und der Endpunkt der demokratischen Entwicklung sein, da man davon ausging, daß es keine ernsthaften soziale Differenzen und Auseinandersetzungen gebe, sondern allenfalls Meinungsverschiedenheiten, man aber in grundsätzlichen Fragen übereinstimme. Der Staat sollte sich auf eine rechtsgarantierende und bei Streitigkeiten vermittelnde Funktion beschränken. Alles andere, insbesondere die Ökonomie, sollte von der Heirat bis zur Arbeitsstelle durch frei geschlossene Verträge reguliert werden. Das wichtigste Grundrecht war jedoch das Recht auf privates Eigentum, das sich in jeder bürgerlichen Verfassung wiederfindet.

Für die Ökonomie wurden später spezielle Theorien, die auf der grundsätzlichen liberalen Ideologie aufbauen, entwickelt.

Ökonomische Theorien

Das waren zunächst die Theorien von Adam Smith und David Ricardo.

Besonders die sogenannte unsichtbare Hand des Marktes von Smith ist den meisten bekannt. Es wird behauptet, der einzelne strebe zwar stets aus rein egoistischen Motiven danach, seinen Profit zu maximieren, durch die Konkurrenz des Marktes seien dem aber Grenzen gesetzt.

Sein Streben führe stets dazu, daß er sich auf profitable Zweige werfe. Profitabel seien aber nur die Branchen, wo große Nachfrage herrscht, die das Angebot übersteigt. Da viele Anbieter diese Unterversorgung dieses Marktes erkennen und danach streben, ihren Gewinn zu maximieren, werden sie sich auf diesen Markt stürzen und somit für steigendes Angebot und sinkende Preise sorgen. Die unsichtbare Hand des Marktes führe also stets zu einer optimalen Versorgung der Wirtschaft und ausgeglichenen Märkten. Diese natürliche Harmonie komme in dem Moment aus dem Gleichgewicht, wo der Staat in die Wirtschaft eingreift. Das Postulat ist daher, der Staat darf nicht in die Ökonomie eingreifen und muß das wirtschaftliche Geschehen den frei vereinbarten Rechtsgeschäften der Subjekte überlassen.

Die Neoklassik (Menger, Jevons und Walras)

Im Zentrum der neoklassischen Theorie stehen der einzelne wirtschaftliche Akteur und seine Entscheidungen, die – annahmegemäß – darauf zielen, rational, d. h. Kosten und Nutzen kalkulierend, seinen Nutzen zu maximieren, seine Situation also zu optimieren. Die Entscheidungen der Einzelnen werden nun bei vollkommener Konkurrenz über den Marktmechanismus so koordiniert, daß der für jeden Einzelnen – und somit für die Gesellschaft – höchste mögliche Nutzen erreicht wird.

Das Unternehmermodell- der Unternehmer hat eine aktive Rolle im Wirtschaftsprozeß (von Schumpeter)

Milton Friedman: Monetarismus oder die Chicagoer Schule um Hayek, Friedman und Becker
Exkurs zu Hayek und Friedman:

Hayek folgte in den 50er Jahre einem Ruf nach Chicago. Dort blieb er 12 Jahre und gründete mit Milton Friedman, Knight, Stigler und anderen die Chicagoer Schule der streng neoklassischen (monetaristischen) Ökonomik.

Hayek litt unter einer Gerechtigkeitsphobie: „Tatsächlich ist der Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ das trojanische Pferd gewesen, durch das der Totalitarismus eingedrungen ist“; die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit beinhalte „Bestrebungen, die den innersten Kern des Sozialismus ausmachen“, „der vorherrschende Glaube an „sozialer Gerechtigkeit“ ist gegenwärtig wahrscheinlich die schwerste Bedrohung der meisten anderen Werte einer freien Zivilisation“. „Der Ausdruck „soziale Gerechtigkeit“ gehört nicht in die Kategorie Irrtum, sondern in die des Unsinn.“ Er unterschätzte die Sprengkraft der Gerechtigkeitsthematik.

Hayeks Leben war der Abwehr „freiheitsraubender Kollektivismen“ gewidmet.

In Fragen der Inflationsbekämpfung nahm Friedman die Hayeksche Keynes-Kritik wieder auf. 1962 schaffte er mit dem Buch „Kapitalismus und Freiheit“ den Durchbruch. Das war sein Sprungbrett in die Massenmedien. Friedmans Botschaft war: „Die Bewahrung der individuellen Freiheit“. Deren entscheidende Vorbedingung seien aber „freie Märkte für Güter und Ideen“. Trotz seiner scharfen generellen Kritik am staatlichen Wohlfahrtsstaat legte er das Konzept der negativen Einkommenssteuer vor. Friedman hatte eine Abneigung gegen das „Soziale“ als Schlagwort, vor allem der sozialen Verantwortung. „In einem freien Wirtschaftssystem gibt es nur eine einzige Verantwortung für die Beteiligten: Sie besagt, dass die verfügbaren Mittel möglichst gewinnbringend eingesetzt und Unternehmen unter dem Gesichtspunkt der größtmöglichen Profitabilität geführt werden müssen.“ Gerhard Wilke, der selbst Marktverfechter ist, sieht bei Friedman und Hayek die Schwäche der liberalen Argumentation in der Gerechtigkeits- und Verteilungsfrage.

Jetzt zum Monetarismus, er war eine Konterrevolution, nämlich die Auflehnung gegen den vorherrschenden Keynesianismus.

Er gewann Beginn der 80er Jahre an Bedeutung, vor allem unter Ronald Reagan, Margaret Thatcher und dann auch Helmut Kohl. Wesentlicher Hintergrund für die Durchsetzung des Monetarismus war die schleichende Inflation und die wachsende Staatsverschuldung. Es war quasi der monetäre Drogenentzug.

Die beste Geldpolitik scheint nach Friedman darin zu bestehen, keine Geldpolitik zu betreiben. Krisen würden nur durch eine falsche Geldpolitik der Regierungen und Zentralbanken entstehen. Stabilisierungspolitik wird als sinnlos hingestellt. Das wirtschaftliche Geschehen soll ganz den Marktmechanismen überlassen werden.

Der Monetarismus läßt den Liberalismus als Neoliberalismus auferstehen. Der Einfluß des Staates wird zurückgedrängt, das Kapital hat grenzenlose Freiheit. Für eine Minderheit bedeutet das Anhäufung von Reichtum und Macht. Die sozialen Gegensätze verschärfen sich. Gleichzeitig sind die Staatskassen leer.

Monetarismus ist eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, wo auf der Angebotsseite der Unternehmensgewinne neue Bedingungen geschaffen werden durch Kostensenkungen (Löhne, Lohnnebenkosten, Steuern, Umweltschutzkosten, Material- und Maschinenkosten und Freisetzung von Arbeitskräften)

Die Gewerkschaften werden geschwächt. Neoliberalismus bedeutet Lohnsenkungen und soziales Elend, eine Umverteilung von unten nach oben, die Senkung der Unternehmenssteuern, Privatisierungen, Marktradikalismus und –fundamentalismus sowie den staatlichen Ausbau bei innerer Sicherheit und Militär, gutes Beispiel ist die USA mit ihrem riesigen Gefängniskomplex und ihrer Kriegspolitik.

Zentrale Argumentationslinien der Neoliberalismus-Kritik nach Wilke sind:

1. Wider den neoliberalen „Ökonomismus“: Die Überbetonung des Marktes führt in eine ökonomistisch geprägte Gesellschaft, die alles dem wirtschaftlichen Kalkül unterordnet. Die Dominanz des Marktes über die Gesellschaft wird befürchtet.
2. Wider das Wüten der Marktkokurrenz: Die Konkurrenz werde zur dominanten Umgangsform zwischen Menschen und Gesellschaften.
3. Wider Egoismus und Profitstreben: Das System des Marktes verdirbt die Menschen zu egoistischen Vorteilsmaximierern.

Wilke: Die Verbesserungsvorschläge bei diesen 3 Punkten sind abwegig oder unzureichend.

4. Wider der Deregulierung: Mit dem Konzept der Deregulierung wird der Staat demontiert und die Ausweitung der Marktzone forciert.

Wilke, Professor für Wirtschaftspolitik an der Fachhochschule Nürtingen, der sich als Marktverfechter in dem Buch: „Neoliberalismus- eine Einführung“ objektiv darstellen will, schreibt hierzu: „...die meisten Argumente der Deregulierungskritik (erscheinen) an den Haaren herbeigezogen: Zerschlagen des Wohlfahrtsstaates und Reprivatisierung aller sozialen Risiken stehen nicht auf dem Programm. Was dagegen beabsichtigt ist- und auch unerlässlich erscheint- das ist ein Zurückstutzen regulatorischer und sozialstaatlicher Auswüchse angesichts wirtschaftlicher und demografischer Entwicklungen, die erwarten lassen, dass der Sozialstaat sehr bald sehr unsanft an die Grenzen der Finanzierbarkeit stoßen wird.“, so der hochbezahlte Staatsbeamte.

5. Wider eine neoliberale Globalisierung: Die Globalisierung zwingt auch die schwächeren Länder unter die Dominanz des Marktes.

Wilke dazu: „Insgesamt hat die Globalisierung nahezu allen beteiligten Ländern mehr Vorteile als Nachteile gebracht. Absolut verloren haben die Länder, die sich der weltwirtschaftlichen Integration verweigert haben.“

Es faßt zusammen, was das Elend der Neoliberalismuskritik sei, es sei das Verlangen nach einem neuen Menschen, aber dieser Ansatz hätte sich historisch nicht bewährt. Dann zählt er die Stärken des Marktes auf und schließlich endet er: (Das Marktarrangement) schaffe ein Niveau der wirtschaftlichen Prosperität und der Entwicklungsdynamik, das von keinem anderen System erreicht werde. Darauf käme es an.. Die Achillesferse, die eigentliche Verwundbarkeit des Marktsystems, sei die Frage der Verteilung und der Gerechtigkeit. Und er zitiert Rawls, der eine viel breitere Beteiligung der „Produzenten“ am Produktivkapital und am Humankapital fordere. „Dies erst schaffe die materielle Basis für eine Chancengleichheit, die einen künftigen Marktkapitalismus legitimieren und zieren würde.“ Sein letzter Satz.

Begonnen hatte er: Neoliberalismus und Marktkapitalismus haben sich durchgesetzt, weil sie besser sind als die (bislang) bekannten Systemalternativen. Er hätte sich durchgesetzt, weil er vom einzig längerfristig erfolgreichen Wirtschaftsmodell-dem Markt getragen werde, weil er über die Erfahrung und die Theorie verfüge, und weil das Marktmodell und die Markttheorie von ihren Gegnern unterschätzt werde.

Zur Erhellung Chomsky: Den Neoliberalen gehe es um den „Glauben an die Unfehlbarkeit des unregulierten Marktes. Ihre Überzeugung untermauern sie mit Theorien, die aus dem 19.Jahrhundert stammen und mit der heutigen Welt wenig zu tun haben. Ihre letzte Trumpfkarte ist jedoch der Mangel an Alternativen.“ Alle Systeme hätten versagt, der Neoliberalismus sei der einzig gangbare Weg. „Er mag nicht vollkommen sein, ist jedoch das einzig praktikable Wirtschaftssystem.“ Dabei operiere der Neoliberalismus jedoch nicht nur als ökonomisches, sondern auch politisches und kulturelles System. „Der Neoliberalismus...funktioniert am besten in einer formellen parlamentarischen Demokratie, in der die Bevölkerung zugleich systematisch davon abgehalten wird, sich an Entscheidungsprozessen sinnvoll beteiligen zu können.“ Friedman behauptet sogar, daß das Gewinnstreben zum Wesen der Demokratie gehöre, jede andere Regierung, die nicht auf das Marktstreben setze, sei antidemokratisch...“Demokratie ist zulässig, solange die Wirtschaft von demokratischen Entscheidungsprozessen verschont bleibt, d.h. solange die Demokratie keine ist...Daher hat das neoliberale System ein wichtiges und notwendiges Nebenprodukt- ein entpolitisiertes, von Apathie und Zynismus befallenes Staatsbürgertum...die geringe Wahlbeteiligung (wird) von den etablierten Mächten unterstützt und gutgeheißen, weil, was kaum wundert, der Anteil der Nichtwähler in den armen und arbeitenden Schichten besonders hoch ist.“ In den USA wird z.B. die Gründung und wirksame Arbeit neuer Parteien (mit vielleicht antikapitalistischer Ausrichtung) nahezu unmöglich gemacht. „Eine lebendige politische Kultur braucht Bibliotheken, öffentliche Schulen, Nachbarschaftsinitiativen,

Kooperativen, Versammlungsorte, Freiwilligenverbände und Gewerkschaften, damit die Menschen sich treffen und ihre Probleme bereden können. Die neoliberale Demokratie, die den Markt über alles stellt, läßt diesen Bereich links liegen. Sie bringt keine Bürger, sondern Konsumenten, keine Gemeinschaften, sondern Einkaufszentren. So entsteht eine atomisierte Gesellschaft gleichgültiger Individuen, die sich demoralisiert und ohnmächtig fühlen. Demzufolge ist der Neoliberalismus...der erste und unmittelbare Feind wirklicher Demokratie...Die konzerngesteuerten Nachrichtenorgane, die Werbeindustrie, die akademischen Ideologen und die Intellektuellenkultur spielen die zentrale Rolle bei der Verbreitung der „notwendigen Illusionen“; die eine triste Wirklichkeit als vernünftig, wohlwollend und notwendig, wo nicht gar notwendigerweise wünschenswert erscheinen lassen...Über eine Vielzahl von institutionellen Mechanismen erhalten Intellektuelle, Gelehrte und Journalisten Signale, die sie dazu bringen, den Status quo für die beste aller möglichen Welten zu halten, so daß sie nicht auf die Idee kommen, diejenigen anzugreifen, die vom Status quo profitieren...In einer Demokratie haben die Regierten das Recht zuzustimmen, mehr aber nicht.“

„Lauthals und hartnäckig verkündet der Neoliberalismus, daß es keine Alternative zum Status quo gebe und die Menschheit ihren höchsten Stand erreicht habe.“

Was bedeutet Neoliberalismus für unseren Alltag?

- Sozialabbau wie Hartz IV, Lohnsenkungen/ Verbilligung der Ware Arbeitskraft, Verlagerung der Produktion ins Ausland, zunehmende Arbeitslosigkeit
- immer mehr sichtbare Armut, gleichzeitig Zunahme der Überwachung und Repression, wie Fahrscheinkontrollen, Videoüberwachung, Stadtsäuberung, Verdrängung
- Privatisierung und Gleichschaltung der Medien, Vorspiegelung einer Spaßgesellschaft
- Zunehmender Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt, in der Schule etc., Leistungsdruck, Ellenbogenmentalität, Individualisierung, Sozialdarwinismus
- Zunehmender Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus in Gesellschaft
- Aufgrund der Verteilungs- und Steuerpolitik leere Kassen des Staates, daher Abbau der sozialen Infrastruktur, geschlossene Kitas, Bibliotheken, Schwimmbäder, steigende Preise für Kultur und Lebenshaltungskosten, Mieten etc.
- Privatisierung staatlicher Betriebe wie Bahn, Post, Krankenhäuser, Wasserbetriebe, Strombetriebe, Wohnungsbaugesellschaften etc. ; Privatisierung der Bildung, der Gesundheit etc.

- Ausbau der inneren Sicherheit, wie Kiezpolizisten, Lauschangriff, Biometrie, DNA-Test, Raster- und Schleierfahndung, BGS in Bahnhöfen, 3 S-System etc.
- Militarisierung der Gesellschaft, Rüstungsaufgabe in der EU-Verfassung, Zunahme der Kriege, Kriegseinsätze im Ausland
- Alles dreht sich ums Geld, Konsumterror, Überflußgesellschaft vs. Hunger in der Dritten Welt
- Marginalisierung der Überflüssigen, Zunahme psychiatrischer Krankheiten, von Krankheit
- Entpolitisierung der Gesellschaft, Gleichgültigkeit, Politikverdrossenheit, Fatalismus
- Zunehmende Angst und Anpassungsbereitschaft

(zu Theorien aus einem Artikel von Gabriele Michalitsch und einem Buch von Bernd Senf, zur Geschichte aus FDP-Geschichte im Internet, Gerhard Wilke- Neoliberalismus-eine Einführung Campus 2003, Noam Chomsky: Profit over People, Europa-Verlag 2004)